



Antrag

der Fraktion DIE LINKE

Gute Arbeit in der Wissenschaft - Verlässliche berufliche Perspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses in Schleswig-Holstein sicher stellen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- Daueraufgaben in Forschung, Lehre und Wissenschaftsmanagement auch mit Dauerstellen abzusichern. Dazu bedarf es einer Reformierung der Personalstruktur an den Schleswig-Holsteinischen Hochschulen dahingehend, dass auch jenseits der Professur ausreichend unbefristete, existenzsichernde Beschäftigungsmöglichkeiten für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bestehen. Damit einhergehend muss die Grundfinanzierung der Schleswig-Holsteinischen Hochschulen erhöht werden, um die Schaffung neuer unbefristeter Stellen für Daueraufgaben in Forschung und Lehre zu ermöglichen;
- Modelle für promovierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Post-Docs) an den Hochschulen zu schaffen, die eine sichere, unbefristete Beschäftigungsperspektive auch ohne Professur bieten;
- im Bundesrat und gegenüber der Bunderegierung darauf hinzuwirken, dass das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) mit dem Ziel überarbeitet wird, dass die Tarifsperre gestrichen wird, die Befristung von Arbeitsverträgen aufgrund von Drittmittelprojekten grundsätzlich der Gesamtlaufzeit des Drittmittelprojekts entspricht, eine Mindestvertragslaufzeit von zwölf Monaten eingefügt wird und lebenslange Befristungsketten ausgeschlossen werden;
- sich dafür einzusetzen, dass im Arbeitsvertrag mit Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern, die sich in einer Qualifikationsphase befin-

den, ausreichend Zeit für ihre eigene Qualifikationsarbeit (bspw. Dissertation, Habilitation) zur Verfügung gestellt wird;

- die Qualifikationsphase, besonders von Doktorandinnen und Doktoranden, vorzugsweise durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mit dem Ziel Promotion zu vereinbaren und abzusichern, um die Abhängigkeit von Promotionsstipendien und Drittmittelprojekten möglichst gering zu halten;
- die Familienfreundlichkeit der Schleswig-Holsteinischen Hochschulen durch zusätzliche Investitionen in Kinderbetreuungsmöglichkeiten auszubauen.

Begründung:

Die Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Personals an schleswig-holsteinischen Hochschulen sind in hohem Maße von permanenter Unsicherheit und daraus resultierender ungewisser Lebensplanung bestimmt. Davon betroffen ist vor allem der akademische Mittelbau, in dem bundesweit gerade 15 % der MitarbeiterInnen unbefristete Stellen inne haben. Seit der Verabschiedung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) haben sich die wissenschaftlichen Beschäftigungsverhältnisse zunehmend verschärft. Das betrifft neben der Befristung von Stellen auch die Vertragslaufzeiten. Mehr als die Hälfte der befristeten Arbeitsverhältnisse von WissenschaftlerInnen läuft weniger als ein Jahr, ein weiteres Drittel kürzer als zwei Jahre. Diese Laufzeiten stehen in keinem kausalen Zusammenhang mit Qualifikationsphasen oder Projektlaufzeiten. Vielmehr hat sich die Befristungspraxis von der ursprünglichen Notwendigkeit für Zeitverträge in der Nachwuchsentwicklung entkoppelt.

Einen Grund dafür bildet die strukturelle Unterfinanzierung der Schleswig-Holsteinischen Hochschulen. Das Abschmelzen grundständiger Finanzierungsquellen führt dazu, dass sich die Hochschulen, ebenso wie außeruniversitäre Einrichtungen, zunehmend an flexiblen und wettbewerbsorientierten Instrumenten orientieren müssen, mit eindeutig negativen Auswirkungen auf die Beschäftigungsbedingungen.

Auch im Bereich der Teilzeitbeschäftigten hat es einen enormen Zuwachs gegeben. Es scheint bereits gängige Praxis zu sein, dass sich zwei Doktoranden eine Stelle teilen, deren Engagement eine Arbeitszeit von 40 Stunden wöchentlich nicht selten überschreitet.

Die Konsequenz aus der zunehmenden Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse in der Wissenschaft ist unübersehbar. Das Berufsfeld Wissenschaft verliert an Attraktivität. Arbeitsplatzunsicherheit, Familienunfreundlichkeit, mangelnde Aufstiegsmöglichkeiten (vor allem für Frauen) und Planbarkeit wirken sich negativ auf die private Situation der WissenschaftlerInnen aus. So sind mehr als 80% kinderlos, wenngleich 75% der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen einen Kinderwunsch äußern. Noch immer zieht ein Großteil der Betroffenen den Weg in ausländische Wissenschaftseinrichtungen oder Hochschulen vor, die auf die Vereinbarkeit von Familie und Wissenschaft als Beruf setzen sowie gute Beschäftigungsmöglichkeiten für Wis-

senschaftlerInnen bieten. Im Ergebnis verliert Schleswig-Holstein gut ausgebildete Fachkräfte. Caspar Hirschi verleiht der deutschen Wissenschaft gar den Titel als „Exportweltmeister beim akademischen Überschuss“.

Vor diesem Hintergrund ist es unumgänglich und längst überfällig endlich Maßnahmen gegen prekäre Beschäftigung in der Wissenschaft einzuleiten.

Björn Thoroé
und Fraktion